

Ökologische und soziale Bedingungen des deutschen Einigungsprozesses

Seminar durchgeführt von Hans G. Nutzinger

14./15. Mai 1993

in der ehemaligen Akademie der Wissenschaften*

Im Rahmen seines Forschungsvorhabens führte Hans G. Nutzinger gemeinsam mit der seit 1989 bestehenden *Arbeitsgruppe Ökologische Wirtschaftspolitik* (AÖW) diesen Workshop durch, den das Wissenschaftskolleg durch die Übernahme der Kosten für die Bewirtung der insgesamt 31 Teilnehmer unterstützte. Die Teilnehmer waren ganz überwiegend Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, davon gut ein Drittel aus den neuen Bundesländern.

Im einleitenden Vortrag von *Ulrich Petschow* (Sprecher der AÖW; Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung, Berlin) wurden zunächst die veränderten Rahmenbedingungen der Umweltpolitik angesichts des deutsch-deutschen Einigungsprozesses und einer weltweiten Rezession untersucht. Dabei zeigte sich, daß angesichts dieser besonderen Schwierigkeiten einerseits jetzt altbekannte Frontstellungen der siebziger Jahre — Stichwort: Umweltschutz contra Arbeitsplätze — erneut aufbrechen und daß andererseits die besonderen Bedingungen des Einigungsprozesses den einfachen Rückgriff auf „bewährte Rezepte“ nicht erlauben. Dabei richten sich die Herausforderungen nicht allein an den Staat, sondern nicht minder auch an die Gesellschaft, die einen gesellschaftlichen Diskurs über die notwendigen grundlegenden Veränderungen in Gang bringen muß.

Die Bewältigung der Altlastenproblematik in den neuen Bundesländern wurde in dem anschließenden Beitrag von Dr. *Walter Komar* (Institut für Wirtschaftsforschung, Halle) sowohl in methodischer als auch in empirischer Hinsicht untersucht. Dabei zeigte sich, daß trotz des gewaltigen Problemumfangs und der erheblichen Risiken und Unsicherheiten hier eine grundsätzlich bewältigbare Aufgabe vorliegt, die nach der vorgelegten vorläufigen Schätzung etwa 38 Milliarden DM für die Sanierung der Altstandorte und weitere knapp 12 Milliarden DM an Kosten für die Ablagerungen beansprucht. In der anschließenden Diskussion wurde

Das Seminar wurde unterstützt von der *Otto-und-Martha-Fischbeck-Stiftung*.

u. a. darauf hingewiesen, daß über der spezifischen Problematik in der ehemaligen DDR die bestehenden Probleme in der alten Bundesrepublik nicht übersehen werden dürfen, in der zum Teil der Stand der Erfassung von Altstandorten und Altablagerungen noch weitaus lückenhafter ist als in den neuen Bundesländern.

Die Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa, die auch unter ökologischer Perspektive teilweise sehr viel ungünstiger ablaufen als in der ehemaligen DDR, war der Gegenstand des Referats von Dr. *Liane Möller* (Wirtschaftsforschung GmbH Berlin), die insbesondere die Notwendigkeit einer umfassenden ethischen Neuorientierung hervorhob. Demgegenüber wurde in der Diskussion auf die Notwendigkeit verwiesen, stärker an Funktionszusammenhängen und unmittelbaren Interessen der Beteiligten anzuknüpfen, damit ethische Postulate nicht als „systemwidrig“ und „dysfunktional“ erscheinen und so die ihnen beigemessene Wirkung gar nicht entfalten können.

Den letzten Beitrag des ersten Workshop-Tages lieferte *Eckhard Stratmann-Mertens* vom Ökoregio-Institut für ökologische Wirtschafts- und Regionalentwicklung (Bochum), der, teilweise auf der Basis einer von diesem Institut erstellten Studie, in sechs Thesen die Konsequenzen untersuchte, die sich aus dem Prinzip der Nachhaltigkeit und einem demzufolge notwendigen „Abschied vom Wachstum“ für die Wirtschaftspolitik im deutsch-deutschen Einigungsprozeß ergeben. Der Referent sah dabei zwar noch die Möglichkeit (und Notwendigkeit) von Wachstum in den neuen Bundesländern, jedoch — nicht zuletzt im Hinblick auf die globale ökologische Problematik — die Notwendigkeit für die Bundesrepublik insgesamt (und damit vor allem für die Altbundesländer), Abschied vom traditionellen Wachstumsmodell und auch von der Vorstellung eines generellen qualitativen Wachstums zu nehmen. Dieser Beitrag und die daran anschließende lebhaft Diskussions war für den Workshop besonders anregend und wegweisend, weil darin jenseits notwendiger Tagespolitik auch längerfristige Perspektiven erkennbar wurden.

Die Referate des zweiten Tages begannen mit einem Beitrag von Professor Dr. *Hans Nutzinger* (Wissenschaftskolleg zu Berlin/Universität-Gesamthochschule Kassel) und von Dr. *Christine Kunert* (Naturschutzbund Deutschland) zu dem Thema „Umweltschutz contra Arbeitsplätze: Der ökonomische Hintergrund und die absehbare Entwicklung“. Dabei wies Hans Nutzinger vor allem auf die ökonomischen, insbesondere auch regionalpolitischen Probleme einer sowohl zu schnellen als auch zu langsamen Lohnangleichung zwischen den alten und den neuen Bundesländern hin, während Christine Kunert anhand einiger Fallbeispiele aus den neuen Bundesländern zeigte, daß ökologische Interessen durchaus auch unter den besonderen Bedingungen hoher Arbeitslosigkeit und umfassen-

der Infrastrukturmaßnahmen zur Geltung kommen können, allerdings nur dann, wenn zugleich auch die ökonomische Problematik bestimmter Vorhaben, wie z. B. der bei Mukran (Rügen) geplanten Meyer-Werft, deutlich wird. In der anschließenden Diskussion wurde u. a. die Frage aufgeworfen, ob die starke Betonung der Arbeitskosten und der Probleme der Lohnangleichung tatsächlich so zentral für den ökonomischen Rahmen aller ökologischen Bemühungen in den neuen Bundesländern sei, wie dies der Referent dargestellt habe.

In einem zweiten Referat über das Thema „Standort Deutschland - Beschleunigung allerorten — eine Bestandsaufnahme der Erleichterungen für Unternehmen“ zeigte *Christine Kunert* dann die besonderen Probleme auf, die sich für den Umweltschutz, sowohl auf Verbands- wie auch auf Bürgerebene, durch gesetzgeberische Maßnahmen, wie etwa das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz, ergeben. Ihrer Analyse zufolge besteht die zentrale praktische Wirkung dieser Maßnahmen vor allem darin, daß nicht mehr über umfassende Alternativen nachgedacht und diskutiert werden könne, sondern daß nur noch geringfügige Variationen bereits festgelegter Projekte zur Diskussion stünden.

Andreas Koch vom BMU Bonn beschrieb schließlich unter dem Thema „Industriepolitik in ökologischer Absicht — was wären die Anknüpfungspunkte in den neuen Ländern?“ die vielfältigen Schwierigkeiten und Probleme, die sich für die praktische Umweltpolitik unter anderem daraus ergeben, daß wesentliche Vorgaben in anderen Ressorts, wie etwa dem Wirtschafts- oder dem Verkehrsministerium oder auch im Bundeskanzleramt, festgelegt werden, ohne daß eine wesentliche Einwirkungsmöglichkeit des Umweltministers besteht. In der anschließenden Diskussion wurde insbesondere die Frage nach der Sinnhaftigkeit der „industriellen Kerne“ im Rahmen einer wirklich integrierten ökonomischen und ökologischen Aufbaupolitik gestellt.

Den Abschluß des Workshops bildeten die Beratungen darüber, ob man eine gemeinsame Stellungnahme zur Frage „Wirtschaft und Umwelt im neuen Deutschland“ formulieren sollte, in denen die Erkenntnisse des Workshops in konzentrierter Form dargestellt werden könnten. Es wurde beschlossen, daß ausgehend von zwei Papieren — dem Entwurf einer Stellungnahme von Ulrich Petschow (AÖW Berlin) und von *Hans Diefenbacher* (Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg, zugleich auch Sprecher der AÖW) sowie von dem schriftlich vorliegenden Beitrag von Eckhard Stratmann-Mertens (Ökoregio Bochum) — Textvorschläge von den Interessenten dezentral erarbeitet und Hans Diefenbacher zur Koordination und Abgleichung zugesandt werden sollten.

Die Beiträge und die Diskussionen des Workshops erschienen als so interessant und auch tagespolitisch bedeutsam, daß sie in Form einer

Publikation im Metropolis-Verlag Marburg im Herbst 1993 veröffentlicht werden sollen.

(Hans G. Nutzinger)